

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig, Adlers- u. Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlagsamt: Gebr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Bitten, Lust und Leid monatlich 1,80 M. Durch die Post bezogen monatlich 4,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 20. 6. 50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltige Zeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Beiratsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 19.

Dresden, Mittwoch den 23. Januar 1918.

29. Jahrg.

Die wachsende Macht des Großkapitals.

Von Wilhelm Reil, Dr. h. c.

Die wirtschaftliche Entwicklung nimmt im Kriege einen geradezu sprunghaftigen Verlauf. Man hat — mit vollem Recht — von den Postkriegsjahren größer als vorher in einem Jahrzehnt. In demselben ungeheuren Tempo vollzieht sich die Kapitalanhäufung in wenigen Händen, der Zusammenschluß der großen Kapitalisten zu mächtigen Konzernen, die Steigerung der Kapitalintensität der einzelnen Kleinunternehmen.

Am greifbarsten tritt das Streben nach Angliederung und Vergrößerung bei den Banken auf. Die Banken, die in der ersten Kriegszeit eine Periode der Unsicherheit durchgemacht hatten, waren in den Jahren 1916 und 1917 infolge der zunehmenden Liquidität sehr gute Geschäft gemacht. Aus dem bis 1. Dezember 1917 unkontrollierten Börsengeschäft — erst vom 1. Dezember an wurden die amtlichen Börsenkurse wieder eingeführt — sind den Kriegsanleihebegehungen und aus dem Depotgeschäft mit seiner weiten Zinsspanne ergiebigste Gewinne. Die wertvollste Kapitalkraft der größten Bankunternehmen aber konzentriert in dem Maße, in dem sie wächst, auch ihre Anlagungskraft, die zur Auffassung kleinerer Betriebe führt. Allein im Jahre 1917 nahm, um nur die größten Banken zu erwähnen, die Deutsche Bank den Schlesischen Bankverein und die Norddeutsche Kreditbank in sich auf, eröffnete eine Zweigstelle in Sofia und kündigte eine solche in Bukarest an. Die Diskontogesellschaft übernahm die Königsberger und die Hamburger Vereinsbank, den Magdeburger Bankverein und einige kleinere Geschäftsbetriebe. Sie mit der Diskontogesellschaft in engen Beziehungen stehende Allgemeine Deutsche Kreditbank räumte unter den kleineren Geschäftlichen, die gleichfalls zur Gruppe der Diskontogesellschaft gehörte, die Hypothek- und Wechselbank unter den bahnbereiten Privatbankgeschäften eifrig auf. Die Dresdner Bank vergrößerte mit der Rheinisch-Westfälischen Diskontogesellschaft einen so kranken Gassen, daß sie ihr Grundkapital von 200 auf 300 Millionen Mark zu erhöhen imstande war, wogegen dasjenige der Deutschen Bank zur Zeit eine halbe Milliarde beträgt. Ohne Hinwendung der Mittel ihrer Tochterbanken verwalteten diese drei Großbanken heute an eigenen und fremden Geldern etwa zehn Milliarden Mark! Dabei ist innerhalb dieser drei größten Finanzgruppen ein Teil des Reiches (Kriegsanleihen) freigeblieben an deutschen Bankmächten haben, schon wieder ein enges Zusammengehen zu beobachten. Man stellt sich die Machtfrage, die durch diese Konzentration in wenigen Händen verleiht wird! Daraus läßt sich dann weiter schließen auf die gewaltigen Einflüsse, die von diesen Kapitalgruppen in den großen Schicksalsfragen unseres Vaterlandes ausgeht werden.

Die Reichsregierung hat neuerdings versucht, sich einen gewissen Einfluß auf die Kapitalanhäufung und Investierung zu sichern. Sie hat durch Bekanntmachung vom 2. November für Neubildung von Unternehmensgesellschaften und für Kapitalerhöhungen die Genehmigungspflicht eingeführt. Der Kapitalmarkt soll für die Dauer des Krieges für die Verteidigung der Interessen des Reiches (Kriegsanleihen) freigeblieben werden; gleichzeitig für die Weiterentwicklung nach dem Friedensschluß darauf bedacht zu werden, daß die alsdann verfügbaren Mittel mit größter Sparsamkeit verteilt und in die richtigen Kanäle geleitet werden. Das Gründungsrecht, das nach dem Kriege von 1870 bis 1914 nicht, soll geregelt oder unterdrückt werden. Man hat sich aber nicht über die Wirkung dieser Anordnungen im Voraus klar gemacht, sondern in den Handbüchern die zahlreichen Bestimmungen auf, denen gegenüber die Regierung ebenfalls ein Einfluß sein wird, wie sie es gegenüber den Händlern und Kapitalisten auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung ist. Wenn die deutsche Regierung das Grundkapital der Geschäftsbanken (deutsche Staatsbank) von 200 auf 260 Millionen Mark erhöhte, so hat nach den Worten des Finanzministers Dr. Herzog auf dem Reichstag durch eigene Unternehmungen Einfluß zu gewinnen, damit der Staat sich nicht den Bedingungen einer übermächtigen Kapitalmacht zu fügen braucht, so wird die Kriegsmacht diese Kapitalgruppen mit löcheligen Schelmen wahrnehmen. Denn die Kapitalanhäufung der Großbanken nimmt ihren Fortgang. Schon die Gründung der Commerz- und Diskontobank Hamburg-Verein an, die deutsche Reichsbank in ihren Geschäftsbereich aufzunehmen. Bereits zur Jahresfrist wurde in der Börsenpresse festgestellt, daß kaum noch ein Dutzend deutscher Provinzialbanken mit über 10 Millionen Mark Grundkapital zu keiner der Berliner Großbankengruppen zu zählen sei. Inzwischen sind diese unabhängigen Provinzialbanken fast ausgerottet.

Die Regierung muß aber auch gar nicht die übermächtige Kapitalmacht im Schach halten, sondern nur verhindern, daß die Kapitalmacht des Reiches da hinstehen, wo es sich um die Zukunft des Reiches, die nicht ausschließlich dazu dienen, den Bedarf des Reiches oder der Kriegsmacht sicherzustellen. Tatsächlich haben die Kapitalerhöhungen, die schon im ganzen Jahr 1917 eine mächtige Kapitalbewegung zeigten, sich Einführung der Kriegsanleihe fast ausschließlich vermehrt. Alle diese Kapitalerhöhungen sind nicht weniger als 192,6 Millionen belien. Auch Kapitalerhöhungen, die wie die der Reichsbank (von 8 auf 12 Millionen), die der Dresdner Bank, die anders nicht zu bewilligenden Kriegsanleihen einzuweisen zu belien, haben teilweise Veranlassung gegeben.

Stöße die Reichsregierung, was sie eben nicht will, die über-

mächtige Großfinanz" zugeht, so gibt's zur Zeit kein wirksameres Mittel, als die Beschränkung der Preise für Export- und Importwaren auf ein vernünftiges Maß. Wie die Dinge auf diesem Gebiete sich gestaltet haben, beweisen sie nicht nur eine gefährliche Störung der Macht weniger Kapitalgewaltiger, sondern sie zeigen zugleich die Verarmung des Reiches, d. h. der hungernden Massen des deutschen Volkes, zugunsten der verhältnismäßig kleinen Zahl großer Kriegsgewinnler. Sie fördern die maßlose Verschwendung in einer Zeit, in der in tausend Jungen die Sparsamkeit allen Gliedern des Volkes als höchste moralische Pflicht gepredigt wird. Was braucht der in den Millionen schwimmende Kriegsgewinnler zurückzuführen vor irgendeinem phantastischen Aufwand, geht ihm doch das Reich bei der heutigen Gestaltung der Kriegsgewinnsteuer zu jeder Augenblicke einen Beitrag von 50 Prozent! Auch die staatlichen Summen, die für die Zwecke der Vaterlandspartei „geopfert“ werden, sind unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. Die Gewinne der kriegswichtigen Vaterlandsparteiler kommen in ihrem ganzen Umfang aus den Mitteln des Reiches, von dem bestrittenen Teil aber, den das Reich als Steuer zurückfordert, wird ihm ein um so größerer Bruchteil vorenthalten, je größere Summen daraus der Vaterlandspartei zur Verfügung gestellt werden. Dieser Zusammenhang und viele Wirkungen scheinen den Summ zusehenden Reichsrenten nicht ganz unwillkommen zu sein. Anders aber denken die Millionen Männer darüber, die draußen im Felde im Grausen des Kampfes den Entschungen des Schützengrabens basins unterliegen, die Millionen belien, die Familien der Kämpfer, die langsam aber sicher wirtschaftlich untergehen, während welterschlingende Helmträger die Kriegsgewinne zu unheimlicher Höhe aufstürzen.

Die Beendigung des Ausstandes.

Der Chef des Generalstabes über den Ausstand

Der Kriegsberichterstatter der Wiener Arbeiter-Zeitung wurde ins Hauptquartier zum Chef des Generalstabes General der Infanterie Baron v. Arz be- schieden, um diesem ein ausführliches über die Ursachen und den Hergang des Ausstandes zu geben. General Arz nahm die Gelegenheit wahr, den Standpunkt des Armeekommandos gegenüber der Ausstandsbewegung bekanntzugeben. Vor allem erklärte er, die Erregung der Massen, deren bisherige Unzufriedenheit über jedes Maß erhaben sei und deren Teilnahme nach dem Frieden er voll würdige, zu verstehen und zu begreifen. Er hoffe aber, daß es gelingen werde, der Arbeiterbewegung die Weiterentwicklung abzurufen, daß weder die Regierung noch die Heeresleitung dem Frieden irgend welche Hindernisse bereiten. Ich bin kein Vorkämpfer, sagte General v. Arz, und nur soweit über die Friedensverhandlungen informiert, als die militärischen Dinge in Betracht kommen. Das kann ich aber auf das Bestimmteste versichern, daß es in unseren Reihen ebenförmig wie im Armeekorps der Verantwortlichen der Regierung irgend jemanden gibt, der das Friedenswörter verzögern oder verschleppen möchte. Der Friedenswunsch ist allgemein, niemand denkt an Eroberungen und Annexionen, während unsere Gegner, besonders die im Westen, noch einigermaßen davon überzeugt sind, auf Eroberungen und Annexionen verzichten zu wollen. Im Osten steht es einigermassen anders; aber da gibt es Schwierigkeiten technischer Natur, deren Beseitigung einige Geduld erfordert. Auch die Arbeiterbewegung muß noch etwas Geduld üben, sie darf aber überzeugt sein, daß der beste Wille besteht, wirklich und bald zum Frieden zu kommen.

Die Fragen, um die es sich handelt, sind ja nicht ganz einfach. Die Räumung der besetzten Gebiete zum Beispiel ist eine Sache, die sehr genau erwoogen sein muß. Es bestehen für diese Gebiete, wenn sie beiderseits von Truppen eintüchelt werden, wirtschaftliche Gefahren und wir haben einige Erfahrungen, aus denen wir schließen müssen, daß sich in diesen belagerten Räumen sehr üble Zustände der russischen Armee. Auch bietet der heutige Zustand der russischen Armee, wenigstens noch vorläufig, keine Gewähr, daß sich nicht irgend welche Folgen von ihr ableiten und auf eigene Faust die verlassenen Gebiete besetzen, um dort noch Art der Marodeure zu schaffen. Dazu kommt aber noch, daß wir sehr bedeutende Summen und Werte in diese Gebiete investiert, Eisenbahnen gebaut, Betriebe erstellt und Verwaltungsinstitutionen geschaffen haben. Die alle im Interesse der Bevölkerung irgend wie festgestellt werden müssen. Wir haben dort auch große brachliegende Flächen unter Acker genommen und so wie die Dinge augenblicklich liegen, ist unsere Ernährung zum großen Teil auf die besetzten Gebiete angewiesen. All das muß natürlich in Ordnung gebracht und bereinigt werden. Ich zweifle nicht, daß es gelingen wird, hierüber zu einer Einigung zu kommen, der gute Wille ist auf beiden Seiten vorhanden und die Schwierigkeiten sind nicht unüberwindlich. Nur etwas Geduld müßte die Bevölkerung haben und sie darf nicht gleich verzweifeln, wenn die Verhandlungen selbst gelegentlich Versäumnisse in den Verhandlungen und Standpunkt ergeben. Der Ober-Generalkommandant befindet sich in Wien und den größten Vorteil würde es sein, die Nieder-

Vorstöße und Nachkämpfe.

(E. L. B.) Amtlich. Großes Generalquartier, den 23. Januar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Ziel an der ganzen flandrischen Front war am Nachmittage der Heereskampf geblieben. Nach üblich von der Scarpe lebte die Westfront wieder auf.

Bei St. Quentin wurden bei erfolgreicher Durchführung zahlreicher Erkundungen Gefangene erbeutet.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Nördlich von Soisson und nordöstlich von Valenciennes folgten harter Feuerwirkung französische Vorstöße. In heftigen Kämpfen wurde der Feind zurückgeschlagen. Eigene Infanterieabteilungen drangen östlich von Valenciennes in die feindlichen Gräben und schlugen mit einer Anzahl Gefangenen zurück. Zwischen Beaumont und Crau nahm die Artillerietätigkeit am Abend zu.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Italienische Front.

In beiden Seiten der Brenta Kämpfe.

Der Ober-Generalkommandant: Lubowitsch.

nisse, die sich auf dem Wege zum Frieden noch zeigen. Anwesen-

Der Berichterstatter gab nun dem Chef des Generalstabes die geforderten Aufschlüsse über die Ursachen und den Umfang der Bewegung. Bei dieser Gelegenheit erörtere er auch die vier Forderungen, in denen die Forderungen der ausständigen Arbeiter gipeln. Besonders Interzelle erregten seine Ausführungen über die Militarisierung gewisser Betriebe und über die Verschärfung der Arbeiterhaft über diese Maßregel, die von ihr nicht anders ausgeht werde, denn als ein Einschreiten der Staatsgewalt zugunsten der Unternehmer. Der Generalstabchef bestrich diesen Punkt mit dem Berichterstatter sehr eingehend und meinte, daß man sich zur Militarisierung in den Hüllen, wo sie Platz greift, nur entschlossen habe, um die Ernährung der betreffenden Arbeitergruppen in militärischer Weise sicherzustellen. Jedenfalls werde die Heeresverwaltung diese Forderung der Arbeiter sehr ernsthaft und wohlwollend prüfen.

Zum Schluß gab General v. Arz der Hoffnung Ausdruck, daß die organisierte Arbeiterbewegung, deren Disziplin er schon bei der ersten Wälsener im Jahre 1890 bewundert habe, die unbewußten Elemente von Ausständigen zurückhalten werde. Insbesondere sei es notwendig, daß der Bahnarbeiter aufrecht erhalten werde, und das läge im eigenen Interesse der Arbeiter, da sich ja ohne ihn die Ernährungsverhältnisse noch weit mehr verschlimmern müßten. Der Heeresleitung liege es fern, irgend welche Gewaltmaßnahmen zu ergreifen, sie habe volles Vertrauen zur Selbstbeherrschung der Arbeiterbewegung. Aus kleinen Ausständigen, wie sie ja bei derartigen Massenbewegungen häufig sind, werde niemand ernste Schlässe ziehen. Er hoffe, daß die Arbeiterbewegung, die in der schwersten Not des Vaterlandes so lange in heroischer Ergebung die Geduld bewahrt habe, also auch nach dem Ergebnis der Verhandlungen von Brat-Litowitz mit Geduld abwarten werde.

Bericht des Abgeordneten Seig.

Vor den Wiener Vertrauensmännern.

Wien, 21. Januar.

Im Zusammenhange erhobte Genosse Abgeordneter Seig in einer großen Vertrauensmännerversammlung Bericht über die Verhandlungen mit den Vertretern der Regierung. Er schilderte die Schwierigkeiten der unrichtigen Fragen und führte unter anderem folgendes an:

Was die Regierung über den Frieden sagt, ist das Wichtigste. Denn diese Idee des Friedens steht im Vordergrund des Interesses der Arbeiter. Die Forderungen, daß die Verhandlungen schrittweise kommen, war die eigentliche Ursache der Ausstandsbewegung. Wir, die wir verhandelt haben, sind der Ansicht, daß die Erklärung des Ministers ausreichen kann. Sie ist selbstverständlich leider nicht die Mitteilung, daß der Friedensvertrag geschlossen ist oder daß er an einem bestimmten Tage unterzeichnet werden wird; aber sie ist eine Erklärung, daß die Regierung dafür bürgt, daß der Friede an Absichten von Eroberungen oder Entschädigungen oder an sonstigen selbstlichen Gründen nicht scheitern kann.

Nichts für uns war auch, was die Regierung über die Polen sagt. Wir haben leider schon gesehen, daß Trank nach Petersburg fahren mußte und etwa eine Woche wegblieben wurde. Die Regierung erklärt nun, daß das absolut keine Störung der Verhandlungen bedeute, und daß die Abreise Trank nur aus Gründen der Krankheit selbst erfolgte. Wir können aber doch